

## BESCHLUSSPROTOKOLL

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>	<b>Seiten insgesamt</b>
Bau- und Entwicklungsausschuss	02.02.2023	

<b>Sitzungsort</b>	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
<b>Sitzungsdauer</b>	14:30 - 21:35 Uhr

Öffentliche und nicht öffentliche Sitzung
---

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Schriftführer

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Der TOP 10 – 15 werden nach dem TOP 6 behandelt. Im Anschluss an den TOP 15 wird mit dem TOP 7 fortgefahren. Für den TOP 7 + 9 nimmt der Ortsbeirat Ungstein an der Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschusses teil. Der Landwirtschaftsausschuss nimmt ebenfalls für den TOP 7 an der Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschusses teil.



Tagesordnung:Öffentliche Sitzung:

- 1 Beschaffung eines Lastkraftwagens für den Baubetriebshof  
hier: Vergabe
- 2 Baubetriebshof – Modernisierung Werkstätten und Verwaltung  
hier: Vergabe der Brandschutz- und Trockenbauarbeiten
- 3 An den drei Mühlen 2  
hier: Vergabe der a) Elektroinstallationsarbeiten, b) Fensterbauarbeiten und c) WDVS- und Malerarbeiten
- 4 Klosterruine Limburg – Erhaltungsmaßnahmen  
hier: Vorstellung des aktuellen Sachstands und weiteren Vorgehens
- 5 Bebauungsplan Westliche-Karl-Räder-Allee  
hier: 1. Prüfung und Abwägung der von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen i.R. von § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB i.V.m. §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB  
2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
- 6 Verbandsgemeinde Lambrecht, Teiländerung des Flächennutzungsplanes  
hier: Beteiligung der Stadt Bad Dürkheim als Nachbarkommune
- 7 Planfeststellungsverfahren B271 neu Kallstadt/Ungstein  
hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
- 8 Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 20.01.2023  
hier: Planfeststellungsverfahren B271 neu Kallstadt/Ungstein
- 9 Bebauungsplan Spielbergweg  
hier: Vergabe von Planungsleistungen
- 10 Anschlussvorhaben Förderung Klimaschutzmanagement
- 11 Kommunaler Klimapakt Rheinland-Pfalz  
hier: Beschluss über den Beitritt der Stadt Bad Dürkheim
- 12 Lärmaktionsplan Rheinland-Pfalz  
hier: aktueller Stand und Stellungnahme im Rahmen der ersten Beteiligung
- 13 Bekanntmachung der Beschlüsse des Bau- und Entwicklungsausschusses vom 03.11.2022 und vom 08.12.2022
- 14 Informationen
- 15 Anfragen

**Anwesenheitsliste**

Bau- und Entwicklungsausschuss

vom 02.02.2023

**Bürgermeister:**

Glogger, Christoph

**Beigeordnete:**

Brust, Karl

**Erste Beigeordnete:**

Hagen, Judith

**CDU:**Hanke, Alexander  
Hoffmann, Gisela  
Kalbfuß, Thomas  
Riedle, Stefan  
Wolf, Markus**SPD:**Lang, Ralf  
Stepp, Ina  
Walther, Dieter  
Zienczyk, Regina

Vertretung für Herr Frank Kilian

**FWG:**Freunscht, Jürgen  
Günther, Axel G.  
Metzger, Frank

Vertretung für Herr Uwe Krauß

**FDP:**Brodhag, Peter  
Schacht, Thorsten

Vertretung für Frau Petra Dick-Walther

**Bündnis 90/GRÜNE:**Bäuml, Horst  
Bühlmeier, Almut  
Mühlbeier, Ralph

Vertretung für Frau Monika Maleri

**Verwaltungsmitarbeiter:**Müller, Petra  
Petry, Dieter  
Tempel, Enrico  
Ullrich, Yasmin  
Wietschorke, Steffen

bis TOP 2

bis TOP 4

**Schriftführer:**

Wey, Mathias

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### Tagesordnungspunkt 1:

Beschaffung eines Lastkraftwagens für den Baubetriebshof

hier: Vergabe

Vorlage: 2023/0008/2.1

Herr Petry erläutert den Sachverhalt mit einer Präsentation. Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt. Die Verwaltung sucht weiter einen passenden LKW für den Baubetriebshof. Sobald dieser gefunden ist, muss der Kaufvertrag kurzfristig geschlossen werden. Um entsprechend reagieren zu können, soll der Bürgermeister zur Auftragsvergabe ermächtigt werden.

Die Verwaltung wird auf Anregung von AM Brodhag mit der Finanzabteilung erörtern, ob im vorliegenden Fall umsatzsteuerrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Anwendung kommen können.

#### Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt einen Auftrag zur Beschaffung eines LKWs für den Baubetriebshof bis zu einer Auftragshöhe von 100.000,- Euro (brutto) zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:      Einstimmig  
Ja: 18

### Tagesordnungspunkt 2:

Baubetriebshof – Modernisierung Werkstätten und Verwaltung

hier: Vergabe der Brandschutz- und Trockenbauarbeiten

Vorlage: 2023/0009/2.2

Herr Petry erläutert die Tischvorlage mit einer Präsentation und informiert über die Baumaßnahme. Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt. Herr Petry teilt mit, dass die Firma aufgrund einer Umfirmierung bisher keine Referenzen vorgelegt hat. Nächste Woche wird ein Gespräch mit der Firma stattfinden, in welchem auch u.a. die Qualifizierungsnachweise gefordert werden.

#### Beschlussvorschlag:

Der Auftrag für die Brandschutz- und Trockenbauarbeiten wird, vorbehaltlich der Qualifizierungsnachweise, an die Fa. S & A Ausbau GmbH, Ludwigshafen, zum Angebotspreis von 271.164,85 € brutto vergeben.

Abstimmungsergebnis:      Einstimmig  
Ja: 18

### Tagesordnungspunkt 3:

An den drei Mühlen 2

hier: Vergabe der a) Elektroinstallationsarbeiten, b) Fensterbauarbeiten und c) WDVS- und Malerarbeiten

Vorlage: 2023/0010/2.2

Herr Petry erläutert die Tischvorlage mit einer Präsentation. Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Auf Nachfrage von AM Bühlmeier erläutert die Verwaltung, dass aufgrund des vorliegenden Grundrisses keine größeren Wohnungen realisierbar sind. Im Hausener Weg kann die Stadt größere Wohnungen anbieten. Denkbar ist, dass im Triftweg im Rahmen des Neubaus größere Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können.

Die Verwaltung erläutert auf Nachfrage von AM Brodhag, dass die veranschlagten Mittel im Haushalt nicht im vollen Umfang in Anspruch genommen werden müssen. Als Orientierung hinsichtlich der Kosten kann vielmehr auf die Kostenschätzung des beauftragten Architekten zurückgegriffen werden.

**Beschlussvorschlag:**

- a) Der Auftrag für die Elektroinstallationsarbeiten wird an die Fa. ELOTEC GmbH, Speyer, zum Angebotspreis von 74.920,13 € brutto vergeben.
- b) Der Auftrag für die Fensterbau- und Verglasungsarbeiten wird an die Fa. TBM Trockenbau GmbH, Mörfelden-Walldorf, zum Angebotspreis von 71.652,06 € brutto vergeben.
- c) Der Auftrag für WDVS-, Putz- und Malerarbeiten wird an die Fa. Thomas GmbH, Landau, zum Angebotspreis von 144.481,47 € brutto vergeben.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig  
Ja: 18

**Tagesordnungspunkt 4:**

Klosterruine Limburg – Erhaltungsmaßnahmen  
hier: Vorstellung des aktuellen Sachstands und weiteren Vorgehens  
Vorlage: 2023/0011/2.2

Bürgermeister Glogger führt in den Tagesordnungspunkt ein und begrüßt Herrn Kayser vom beauftragten Planungsbüro Kayser+Böttges / Barthel+Maus.

Herr Petry zeigt mit einer Präsentation auf, in welchen Sitzungen über die Maßnahmen auf der Limburg bereits gesprochen und welche Beschlüsse getroffen wurden.

Herr Kayser geht mit einer Präsentation auf die verschiedenen Problematiken und Themenstellungen in Bezug auf die Limburg ein. Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt. Problematisch ist u.a., dass der Putz zum Teil aus großen Höhen herabfallen kann. Nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Nutzungen der Limburg (z.B. Tourismus oder Limburgsommer) müssen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht dringend erste Maßnahme umgesetzt werden. Derzeit wurde ein Bauzaun aufgestellt, damit die Limburg weiter besucht werden kann. Vor dem Limburgsommer in diesem Jahr sollen diese Maßnahmen abgeschlossen sein, damit ggfs. der Bauzaun zurückgebaut werden kann. Alle Schäden auf der Limburg wurden entsprechend kartiert. Nach der heutigen Präsentation und Festlegung der weiteren Vorgehensweise werden die Kartierungen mit weiteren Unterlagen an die GDKE (Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz) weitergeleitet. Im Vorfeld wurden bereits durch das Fachbüro für Restaurierung AeDis Musterputzflächen angelegt. Hierbei hat sich gezeigt, dass auch

baukonstruktive Maßnahmen mit Überdachungen sinnvoll wären, um die Putzflächen künftig vor Witterungseinflüssen zu schützen. Herr Kayser erläutert auf Nachfrage, dass die Putzflächen nicht erweitert werden. Eine minimale Erweiterung erfolgt nur, wenn dies bauphysikalisch erforderlich ist.

Die ersten Berechnungen gehen davon aus, dass mit 7,6 Mio. € (brutto) Baukosten und 1,9 Mio. € (brutto) Baunebenkosten zu rechnen ist. Zur Sicherstellung der Finanzierung und aufgrund der Bedeutung des Denkmals müssen entsprechende Förderanträge gestellt werden.

Herr Kayser teilt mit, dass im nächsten Schritt die Planung mit der GDKE abgestimmt wird. Im Anschluss werden die entsprechenden Förderanträge gestellt.

In Bezug auf den Landschaftspark, der die Limburg umgibt, erläutert Herr Kayser, dass dieser behutsam in kleinen Abschnitten wiederhergerichtet wird. Es werden hierbei keine größeren Eingriffe erfolgen – u.a. ist denkbar, dass Wegebeziehungen wiederhergestellt werden und Bäume/Sträucher, die nicht in den Landschaftspark passen und bereits abgängig sind, entfernt werden und an anderer Stelle passender Ersatz gepflanzt wird.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die Präsentation und sprechen sich für das Projekt aus.

#### Beschluss:

Die Kostenschätzung wird zur Kenntnis genommen.

Es sind Förderanträge zu stellen mit dem Ziel, dass 80 - 90% der Maßnahmen gefördert werden.

Die Bauabschnitte und die Bereitstellung der Haushaltsmittel sind im Rahmen der Haushaltsberatungen für die Haushaltsjahre 2024 oder 2025 bei Vorliegen der Förderbescheide zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:      Einstimmig  
Ja: 18

#### Tagesordnungspunkt 5:

Bebauungsplan Westliche-Karl-Räder-Allee

hier: 1. Prüfung und Abwägung der von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen i.R. von § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB i.V.m. §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB

2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 2023/0002/2.1

Frau Müller erläutert die Beschlussvorlage. AM Lang teilt mit, dass der Ortsbeirat Seebach der Beschlussvorlage zugestimmt hat. Der Bau- und Entwicklungsausschuss hat sich mit den Planunterlagen und den Einwendungen auseinandergesetzt. Die Ausschussmitglieder haben darüber hinaus keine Anmerkungen.

#### Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Bad Dürkheim beschließt über die während den Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs.2 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen entsprechend der Sachdarstellung sowie dem Beschlussvorschlag in der Anlage.

2. Die Stadt Bad Dürkheim beschließt den vorliegenden Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung, den Textlichen Festsetzungen (Bauplanungsrechtliche Festsetzungen) sowie Hinweisen und der Begründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 13 BauGB als Satzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig  
Ja: 18

**Tagesordnungspunkt 6:**

Verbandsgemeinde Lambrecht, Teiländerung des Flächennutzungsplanes  
hier: Beteiligung der Stadt Bad Dürkheim als Nachbarkommune  
Vorlage: 2023/0007/2.1

Frau Müller erläutert die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

**Beschlussvorschlag:**

Zur Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans der Verbandsgemeinde Lambrecht werden von der Stadt Bad Dürkheim keine Bedenken und Anregungen vorgebracht.

Sofern im weiteren Verfahren die Grundzüge der Planung nicht berührt werden, ist eine erneute Beteiligung der Stadt Bad Dürkheim nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig  
Ja: 18

**Tagesordnungspunkt 7:**

Planfeststellungsverfahren B271 neu Kallstadt/Ungstein  
hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange  
Vorlage: 2023/0003/2.3

Bürgermeister Glogger führt in den Tagesordnungspunkt ein, skizziert den Ablauf des bisherigen Verfahrens und erläutert den Gegenstand der heutigen Beratung. Im Anschluss begrüßt er die Vertreter des Landesbetriebs Mobilität (LBM): Frau Bonaventura, Herrn Wiggen, Herrn Zillien und Herrn Heim.

Frau Bonaventura stellt kurz den geplanten Streckenverlauf der gesamten B 271 neu vor. In diesem Zusammenhang wird u.a. aufgezeigt, wie sich einzelne Verkehrsströme und Verkehrsbelastungen im Ortsteil Ungstein verbessern. Die aktuellen Verkehrszahlen können auf der Homepage des LBM abgerufen werden. Die Präsentation des LBM ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Auf Nachfrage von AM Bäuml erläutert Frau Bonaventura, dass die derzeitige Planung bis zur B271 alt bei Kallstadt reicht. Die Ortsumfahrung von Herxheim ist nicht Bestandteil des Verfahrens, da hier derzeit noch Planungsunterlagen erarbeitet und die Genehmigung des Bundesverkehrsministeriums eingeholt werden müssen. Die Verkehrsbehörde muss im Bedarfsfall regeln, dass kein Schwerlastverkehr durch die Ortslage fährt – der LBM ist hierfür nicht zuständig.

Im Anschluss wird die Strecke der B 271 neu virtuell befahren, sodass die Ausschussmitglieder u.a. einen Überblick über den Streckenverlauf, die geplanten Breiten und Höhen und die geplanten Bauwerke erhalten.

Frau Bonaventura erläutert auf Nachfrage von AM Mühlbeier, dass u.a. der Overfly-Kreisel im Bereich des Baumarktes aufgrund der sog. „Verbindungsfunktionsstufe 2“ in dieser Dimension geplant wurde. Es muss gewährleistet werden, dass die B 271 n durchgehend kreuzungsfrei befahrbar ist. Darüber hinaus

sind die bestehenden Anschlüsse für die neue Infrastruktur nicht leistungsfähig, sodass der neue Anschluss notwendig wird.

Auf Nachfrage von OBR Hoffmann erläutert Frau Bonaventura, dass auf der B 271 neu voraussichtlich ein Tempolimit von 100 km/h gilt. Dieses wird voraussichtlich an einzelnen Stellen (z.B. im Trogbauwerk) auf 70 km/h reduziert. Die Verkehrsbehörde legt entsprechende Tempolimits fest.

Es wird mitgeteilt, dass die beplanten Flächen der Abfahrt aus Richtung Neustadt im Bereich des Baumarktes derzeit durch den Baumarkt als Lagerflächen genutzt werden. Die Vertreter des LBM bitten darum, solche Feststellungen als Einwendung zu formulieren, sodass diese entsprechend geprüft und ggfs. geändert werden können.

Auf Nachfrage von Herrn Schmitt (LWA) teilt Frau Bonaventura mit, dass ursprünglich eine Anbindung für den Landwirtschaftsverkehr von der Straße „In den Almen“ an den Kreisel Richtung „Bruchstraße“ geplant war. Aufgrund der fehlenden Räumstrecke für den Verkehr war dieser Anschluss nicht genehmigungsfähig und wurde von der Genehmigungsbehörde gestrichen. Eine Unterführung ist in der Nähe erreichbar, sodass die landwirtschaftlichen Verkehre weiterhin abgewickelt werden können.

Die Vertreter des LBM teilen mit, dass aufgrund entsprechender Gutachten keine aktiven Lärmschutzmaßnahmen notwendig sind. Nach den Berechnungen haben 6 Gebäude voraussichtlich Anspruch auf Schallschutzfenster. Im weiteren Verlauf des Verfahrens wird geprüft, ob die bestehenden Fenster ausreichend sind – sollten diese nicht ausreichend vor dem Lärm schützen, bekommen die betroffenen Anwohner die Kosten für den Einbau neuer Fenster übernommen.

Das Trogbauwerk ist für ein 100-jähriges Regenereignis ausgelegt. Es ist entsprechende Infrastruktur geplant, sodass das Bauwerk im Bedarfsfall automatisch ausgepumpt wird. Im Zusammenhang mit der Querung des Trogbauwerks wird hinterfragt, ob die Breite der Brücke ausreicht, um eine Begegnung der verschiedenen Nutzer (u.a. Landwirtschaft, Radfahrer) konfliktfrei zu ermöglichen. Die Vertreter des LBM teilen auf Nachfrage von Herrn Schmitt mit, dass der Grundwasserhaushalt durch die Tiefe des Trogbauwerks nicht beeinträchtigt wird und die umliegenden Flächen nicht feuchter werden. Frau Bonaventura teilt in Bezug auf die Nachfrage von AM Bäuml mit, dass für einen Ausbau der Radwege ein weiterer Grunderwerb notwendig ist. Sollte die betroffenen Eigentümer bereit sein, Grundstücke zu einem adäquaten Preis zu veräußern, kann das Radwegenetz im betroffenen Bereich weiter ausgebaut werden. Generell ist der LBM am Kauf von Grundstücken interessiert, damit eine entsprechende Tauschmasse aufgebaut werden kann. Allerdings wird der Verkaufspreis von einem unabhängigen Gutachter festgelegt – der Preis kann somit nicht vom Verkäufer bestimmt werden.

Die Vertreter des LBM erläutern auf Nachfrage von Frau Hoffmann, dass notwendige Ausgleichsflächen und Rückhaltevolumen im Bereich des Hochwasserschutzprojekts des Gewässerzweckverbandes nachgewiesen werden. Der LBM beteiligt sich anteilig an den Kosten, damit die notwendigen Volumina nachgewiesen werden können.

In Bezug auf die Froststaugefahr teilen die Vertreter des LBM mit, dass die Trasse nicht weiter abgesenkt werden kann. Mit einer weiteren Absenkung können u.a. die Durchlässe durch den Gewässerzweckverband nicht mehr gepflegt werden. Die geplante Durchlasshöhe entspricht den aktuellen technischen Regelungen. Durch ein entsprechendes Gutachten konnte nachgewiesen werden, dass durch den Neubau kein Froststau verursacht wird. Die Bepflanzung auf den Böschungen und entlang der Fahrbahn wird durchlässig sein, sodass im Bedarfsfall Kaltluft abfließen kann.

Die Ausgleichsflächen wurden so ausgewählt, sodass diese gut zu unterhalten sind und keine wertvollen Flächen verbraucht werden. Auf den Ausgleichsfällen sind in der Regel kleinere Wingerte, die nicht wirtschaftlich zu bewirtschaften sind. Darüberhinaus müssen die Ausgleichsflächen auch vor Ort nachgewiesen werden, damit die verschiedenen Tier- und Pflanzenarten vor Ort einen neuen Lebensraum erhalten. Es ist generell nicht zulässig auf entferntere Ausgleichsflächen zurückzugreifen.

Herr Petry erläutert im Zusammenhang mit den Ausgleichsflächen, dass die Stadt aus ihrem Bestand Ausgleichsflächen zur Verfügung stellen kann, sodass ggfs. weniger Weinbaufläche wegfällt. Auf den Vorschlag wird zu gegebener Zeit zurückgegriffen.

Bürgermeister Glogger fasst die Diskussion und die besprochenen Punkte zusammen und stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

### Beschlussvorschlag:

Die Stadt Bad Dürkheim begrüßt die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens für den Abschnitt Kallstadt – Ungstein und unterstützt die zeitnahe Umsetzung der Maßnahme. Mit der Planfeststellung wurde ein entscheidender Schritt für die Realisierung des Projektes eingeleitet.

### Abstimmung zu Präambel/Einleitung:

Abstimmungsergebnis Bau- und Entwicklungsausschuss: Ja: 16 Nein: 2

Abstimmungsergebnis Ortsbeirat Ungstein: Einstimmig

Abstimmungsergebnis Landwirtschaftsausschuss: Ja: 15 Nein: 3

Die Stadt regt an, nachfolgende Punkte im laufenden Verfahren einer weiteren Prüfung zu unterziehen:

- Anschluss der Straße in den Almen an den Kreisverkehr (Bau-km 11+500)
- Pumpstation für Trogentwässerung (östl. B 271 neu, Bau-Km 12+080) – Anlegen eines Wendeweges für die südlich angrenzenden Weinbergflächen ist erforderlich.
- Befestigung des vorhandenen Wirtschaftsweges (parallel zum Bahngraben West) von Bau-km 12+420 (Aussiedlung „In den Almen“) nach Nordosten über Bau-km 12+100 bis auf Höhe Verlängerung 3. Wiesenweg. Bereitstellung von Ausgleichsflächen über das Ökokonto der Stadt.
- Schottern des unbefestigten Wirtschaftsweges im Bereich von Bau-Km 12+350 bis 12+650 aufgrund der Bodenverhältnisse/Grundwasserstände, um die Anfahrbarkeit der Grundstücke zu gewährleisten.
- Prüfung einer Reduzierung der Höhe des Dammes im Anschluss an das Trogbauwerk, um das Risiko für einen Kaltluftstau weiter zu senken. Reduzierung einer Bepflanzung auf ein Minimum, Verwendung von Hochstämmen und Vermeidung einer Riegelbepflanzung.
- Schaffung einer zusätzlichen Ost-West-Querungsmöglichkeit unter der B 271 neu für Radfahrer und Fußgänger im Bereich von Bau-km 12+400 (Verlängerung Altenbacher Straße) bis Bau-km 13+000 (Mittelgraben)
- Aufweitung der Unterführung Albertgraben auf ein Maximum (Bau-km 12+700)
- Herstellung eines durchgängigen Radweges von Erpolzheim nach Ungstein, parallel zur K5. Im Bereich der Baustrecke ist der Radweg parallel der K 5 bereits als befestigter Rad- und Wirtschaftsweg vorgesehen; die Anregung der Stadt bezieht sich auf die fehlenden Teilflächen Richtung Westen bis Ortseingang Ungstein und nach Osten bis zum bereits bestehenden Anschluss nach Erpolzheim. Bereitstellung von Ausgleichsflächen über das Ökokonto der Stadt.
- Verlagerung der Ausgleichsflächen im Bereich südöstlich der Anschlussstelle B 271/ K5, um die Inanspruchnahme von Weinbergflächen zu reduzieren. Bereitstellung von Ausgleichsflächen über das Ökokonto der Stadt.

- Rückbau und Entsiegelung der nicht mehr benötigten Fläche der L455, Rückführung der entsiegelten Flächen in eine landwirtschaftliche Nutzung im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens. Bereitstellung von Ausgleichsflächen über das Ökokonto der Stadt.
- Befestigung des Grenzweges Kallstadt – Ungstein (Teilstück in einer Länge von rd. 550m westl. des B 271 alt).
- Fortführung des Radweges ab Bau-km 13+700 auf der Westseite der B 271 neu nach Süden parallel zum westlichen Anschlussohr K5/ B 271 neu. Bereitstellung von Ausgleichsflächen über das Ökokonto der Stadt.
- Reduzierung der Inanspruchnahme von Weinbergflächen im Bereich der Anschlussstellen Erpolzheim (Anschluss K5) und Kallstadt (K 4 ). Ausführung der Ohren mit geringerem Radius, geringerer Ausbaubreite.
- Die Stadt sieht die Notwendigkeit der Umplanung der beiden Knotenpunkte B 271/Am Neuberg und B 271/Bruchstraße und hat dies bereits mit dem Landesbetrieb Mobilität thematisiert. Eine weitere Überlastung der beiden Knotenpunkte kann nicht akzeptiert werden. Die Planungsüberlegungen zur Optimierung der Knotenpunkte müssen in einem getrennten Verfahren forciert und parallel zum Planfeststellungsverfahren B 271 neu Abschnitt Kallstadt – Ungstein angegangen werden.

Nachrichtlich:

Abstimmungsergebnis Ortsbeirat Ungstein: Einstimmig

Abstimmungsergebnis Landwirtschaftsausschuss: Einstimmig

Abstimmungsergebnis: Einstimmig  
Ja: 16 , Nein: 0 , Enthaltung: 2

Tagesordnungspunkt 8:

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 20.01.2023

hier: Planfeststellungsverfahren B271 neu Kallstadt/Ungstein

Vorlage: 2023/0031/2.1

AM Günther erläutert den Antrag der FWG-Fraktion.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Knotenpunkte im Fokus des LBM Speyer sind. Sollte es zu Problemen an den Knotenpunkten kommen, ist die Aufstellung einer Lichtsignalanlage an dem Knotenpunkt B271/Am Neuberg denkbar. Die Ausschussmitglieder sprechen sich für eine Kopplung der beiden Verfahren (Ertüchtigung der Knoten und Planfeststellungsverfahren B271 neu) aus. Die Verwaltung legt dar, dass eine Kopplung nicht möglich ist und schlägt folgenden Beschluss vor:

Beschluss:

Die Stadt sieht die Notwendigkeit der Umplanung der beiden Knotenpunkte B271/Am Neuberg und B271/Bruchstraße und hat dies bereits mit dem Landesbetrieb Mobilität thematisiert.

Eine weitere Überlastung der beiden Knotenpunkte kann nicht akzeptiert werden.

Die Planungsüberlegungen zur Optimierung der Knotenpunkte müssen forciert und parallel zum Planfeststellungsverfahren B 271 neu Abschnitt Kallstadt – Ungstein angegangen werden.

Nachrichtlich:

Abstimmungsergebnis Ortsbeirat Ungstein: Einstimmig

Abstimmungsergebnis Landwirtschaftsausschuss: Zugestimmt 3 nein-Stimmen

Abstimmungsergebnis: Einstimmig  
Ja: 18

#### **Tagesordnungspunkt 9:**

Bebauungsplan Spielbergweg

hier: Vergabe von Planungsleistungen

Vorlage: 2023/0012/2.1

Frau Müller erläutert, dass insgesamt drei Büro angefragt und gebeten wurden ein Angebot für da o.g. Leistungen abzugeben. Zwei Büros haben entsprechende Angebote abgegeben. Bei der Auswertung der Angebote hat sich gezeigt, dass aufgrund des Angebotssumme kein Beschluss des Bau- und Entwicklungsausschusses notwendig wäre.

Nachrichtlich:

Abstimmungsergebnis Ortsbeirat Ungstein: Einstimmig

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Auftrag zur Fertigstellung des Bebauungsplanes „Spielbergweg“ wird zu einem vorläufigen Gesamtpreis (brutto) von 19.130,42 € an das Büro WSW & Partner aus Kaiserslautern vergeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig  
Ja: 18

#### **Tagesordnungspunkt 10:**

Anschlussvorhaben Förderung Klimaschutzmanagement

Vorlage: 2023/0005/2.1

Frau Müller erläutert den Sachverhalt mit einer Präsentation. Der Klimabeirat hat im Vorfeld zur Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschusses über die Beschlussvorlage beraten und empfiehlt den entsprechenden Antrag auf Förderung zu stellen.

Die in der Präsentation dargestellten Projekte werden für den Antrag mit entsprechenden Kontingenten hinterlegt. Die Klimamanagementstellen basieren auf dem Klimaschutzkonzept und nicht auf dem klimafreundlichen Mobilitätskonzept. Deshalb dürfen auch in diesem Antrag keine Mobilitätsprojekte aufgeführt werden.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Antrag zur Förderung des Anschlussvorhabens für das Klimaschutzmanagement wird auf Basis der Projektliste im Anhang gestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig  
Ja: 18

**Tagesordnungspunkt 11:**

Kommunaler Klimapakt Rheinland-Pfalz  
 hier: Beschluss über den Beitritt der Stadt Bad Dürkheim  
 Vorlage: 2023/0006/2.1

Frau Müller erläutert die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder begrüßen den Beitritt und tauschen sich über mögliche Förderprojekte aus.

**Beschlussvorschlag:**

Der Beitritt zum Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig  
 Ja: 18

**Tagesordnungspunkt 12:**

Lärmaktionsplan Rheinland-Pfalz  
 hier: aktueller Stand und Stellungnahme im Rahmen der ersten Beteiligung  
 Vorlage: 2023/0014/2.1

Frau Müller erläutert die Beschlussvorlage. Auf Nachfrage erläutert Frau Müller, dass durch die Kartierung keine Fördermöglichkeit für z.B. Schallschutzfenster geschaffen werden. Durch den Hinweis der Stadt Bad Dürkheim wird die Kartierung korrekter. Eine Auswirkung der Kartierung auf die Stadt Bad Dürkheim ist derzeit nicht zu erwarten.

**Beschlussvorschlag:**

Im Rahmen der Beteiligung des Landesamts für Umwelt Rheinland-Pfalz gemäß § 47d Bundes-Immissionsschutzgesetz über die Aufstellung des rheinland-pfälzischen Lärmaktionsplans, werden folgende Hinweise und Anregungen gegeben:

- a) Es wird der Hinweis gegeben, die Lärmkarte 2022, im Bereich der sonstigen Straßen, um die Altenbacher Straße zu ergänzen. Sie stellt eine Entlastungsstraße zur B271 dar und hat eine tägliche Pkw-Belastung von rund 11.000 Fahrzeugen.
- b) Die Lärminderungsmaßnahmen (umgesetzt und geplant) im Bereich der Stadt Bad Dürkheim werden um die Inhalte aus der Begründung zu dieser Vorlage ergänzt. Insbesondere maßgebend die Maßnahmen des beschlossenen Mobilitätskonzepts.

**Abstimmungsergebnis:** Zugestimmt mit Stimmenmehrheit  
 Ja: 17 , Nein: 1

**Tagesordnungspunkt 13:**

Bekanntmachung der Beschlüsse des Bau- und Entwicklungsausschusses vom 03.11.2022 und vom 08.12.2022

Vorlage: 2023/0015/2.4

Herr Petry gibt die Beschlüsse aus den Sitzungen des Bau- und Entwicklungsausschusses vom 03.11.2022 und vom 08.12.2022 bekannt. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

#### Tagesordnungspunkt 14:

Informationen

- Frau Müller erläutert, dass der Kreis Bad Dürkheim ein sog. Bürger-GIS zur Verfügung stellt. Die Bürger können mit Hilfe des Systems auf die Daten der Bebauungspläne der Stadt Bad Dürkheim zugreifen. Die Bebauungspläne sind ab dann digital abrufbar. Die Umsetzung soll voraussichtlich in diesem Jahr erfolgen. Die Verwaltung wird einen entsprechenden Link auf der städtischen Homepage einfügen.
- Frau Müller erläutert, dass mit den Eigentümern im Bereich des NSG Rüstergewann gesprochen wurde. Das Gebiet weist ein gewisses Potential auf, welches nun mit einfachen Maßnahmen abgerufen werden soll. Es soll ein erster Termin mit der Unteren Naturschutzbehörde, der Oberen Naturschutzbehörde, der Pollichia und den betroffenen Eigentümern stattfinden, um die Maßnahmen und Möglichkeiten näher zu erläutern. Die Federführung wird hierbei nicht durch die Stadt übernommen – die Beteiligten stimmen sich hier gegenseitig ab.
- Die Verwaltung informiert, dass das Rathaus an das neue Fernwärmenetz der Stadtwerke angeschlossen wird. Die Fernwärmeleitung endet z. Zt. im Heizungskeller. Die Übergabestation wird nach der Heizperiode installiert und vor der nächsten Heizperiode in Betrieb genommen.  
Der Spielplatz im Kurpark soll nun wieder zeitnah hergerichtet werden. Das Entwurfskonzept wird kurz vorgestellt. Es wird angeregt zusätzlich zur Nestschaukel eine normale Schaukel zu installieren. Die Verwaltung prüft den Vorschlag.
- Herr Wietschorke informiert über den aktuellen Stand der Thermen-Baustelle. Es finden weiter Betonarbeiten statt. Im Inneren konnte bereits mit ersten Installationsarbeiten begonnen werden.

Abstimmungsergebnis:

**Tagesordnungspunkt 15:**

## Anfragen

- Auf Anfrage von AM Brodhag, erläutert Bürgermeister Glogger, dass voraussichtlich am kommenden Wurstmarkt ein Eröffnungstermin der Therme genannt werden kann. In der kommenden Sitzung des Stadtrates wird über den aktuellen Kostenrahmen informiert.
- Die Verwaltung informiert auf Anfrage von AM Hofmann, dass die Zelte am Café Traubenkur zwischenzeitlich entfernt wurden.
- Herr Petry erläutert auf Anfrage von AM Lang, dass der Nachlassverwalter im Fall des Café Edens Erben ermittelt hat. Es steht nun eine Rückmeldung der Erben aus. Der Nachlassverwalter ist informiert, dass die Stadt Interesse an dem Objekt hat und wird die Erben entsprechend informieren.
- Frau Müller erläutert auf Anfrage von AM Lang, dass in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Entwicklungsausschusses das Thema Einzelhandelskonzept beraten wird.
- Herr Wietschorke teilt auf Anfrage von AM Lang mit, dass eine Ruhebänk im Bereich der Hammelstalstraße/ Ecke Karl-Räder-Allee aufgestellt werden kann. Der Bauhof wird diese Aufgabe übernehmen, sobald entsprechende Kapazitäten frei sind.
- AM Kalbfuß hinterfragt die häufigen Vollsperrungen der Kaiserslauterer Straße zwischen Friedhofstraße und Gaustraße. Die Verwaltung erläutert, dass das städtische Ordnungsamt in Abstimmung mit dem Tiefbauamt über Straßensperrungen entscheidet. Im vorliegenden Fall konnte keine bessere Lösung gefunden werden – alternativ wäre nur eine komplette Sperrung der kompletten Straße möglich gewesen, weshalb sich die Verwaltung für wiederkehrende, kurze Sperrungen entschieden hat.

**Abstimmungsergebnis:**